



Stadt.



Land.



Bach.



Bela Bach MdB

Für den Landkreis München in Berlin.

Liebe Leserin, lieber Leser,

in den vergangenen zwei Sitzungswochen haben wir in Berlin viel auf den Weg gebracht. Als SPD haben wir uns in der Regierung für das größte Konjunkturpaket in der Geschichte der Bundesrepublik stark gemacht und ein Paket verhandelt, das Ökologie, Wirtschaftsförderung und Sozialpolitik miteinander vereint. Kommende Woche bereite ich das Konjunkturpaket in einem eigenen Newsletter auf.

Mit der Reform der 16. Bundesimmissionsschutzverordnung habe ich mich persönlich für mehr Lärmschutz auf Deutschlands Straßen eingesetzt und meine erste Rede im Bundestag gehalten. Außerdem habe ich gleich in meiner zweiten Rede deutlich gemacht, warum es wichtig war, die StVO zu reformieren und Geschwindigkeitsüberschreitungen schärfer zu sanktionieren. Beide Reden habe ich euch im Newsletter verlinkt.

Ich wünsche viel Spaß bei der Lektüre!
Freundschaft!

Ihre



LINK

Lärmschutz verbessert

Meine erste Rede im Bundestag am 14.05.2020



Lärmschutz und die Nachtruhe stellen ein hohes Gut dar!



Mit der Stimmenmehrheit der Koalitionsfraktionen haben wir als SPD die Änderung der 16. Bundesimmissionsschutzverordnung vorangebracht.

In meiner ersten Rede vor dem Plenum habe ich klar gemacht, dass der Lärmschutz und die Nachtruhe ein hohes Gut darstellen. Aus diesem Grund habe ich zusammen mit dem Koalitionspartner erreicht, dass die Verordnung nach 6 Jahren erneut auf den Prüfstand kommt.

Wir müssen unbedingt sicherstellen, dass sich der rechtliche und der wissenschaftliche Fortschritt in der Gesetzgebung niederschlagen.

In der Verordnung zum Lärmschutz haben wir außerdem 30 Jahre alte Bestimmungen an die Gegebenheiten der heutigen Zeit angepasst. Unter dem Strich steigen die Kosten für den Lärmschutz und die Berechnungsmethoden für die Lärmermittlung werden verfeinert. Daraus folgt ein verbesserter Lärmschutz für die Menschen.



LINK

Debatte um höhere Bußgelder für Raser

Meine zweite Plenarrede am 15.05.2020



Ich werde als Verkehrs-
politikerin für einen
Bewusstseinswandel
in puncto Geschwindig-
keitsüberschreitung
kämpfen!



Der Bundestag hat am Freitag, den 15. Mai 2020 über zwei Anträge von AfD- und FDP-Fraktion debattiert.

In beiden Anträgen wurde die Reform der Straßenverkehrsordnung (StVO) durch die Große Koalition von FDP und AfD kritisiert.

Zur "Prime-Time" habe ich ausgeführt, warum die seit April geltenden Verschärfungen bei den Höhen der Bußgelder notwendig und sinnvoll sind. Ein Zurückdrehen der bereits erfolgten Änderungen lehne ich aus mehreren Gründen ab. Die hohe Zahl an Verkehrstoten und die Häufigkeit von Unfällen aufgrund von unangepasster Geschwindigkeit rechtfertigen strengere Sanktionen. Insofern waren die Maßnahmen längst überfällig. Außerdem folgt der Gesetzgeber hier sehr bewusst dem Ansatz der "generalpräventiven Abschreckung". Ich habe deshalb zum Ausdruck gebracht, dass ich mir von den höheren Bußgeldern weniger Geschwindigkeitsüberschreitungen und damit einen Rückgang der Verkehrstoten erhoffe.

Von einem „Abkassieren“ kann keine Rede sein, denn niemand wird gezwungen zu schnell zu fahren. Blickt man in die benachbarte Schweiz oder nach Österreich, dann erkennt man schnell, dass die deutschen Bußgelder immer noch zu niedrig sind. Ich werde als Verkehrspolitikerin weiterhin dafür kämpfen, dass in puncto Geschwindigkeitsüberschreitung ein Bewusstseinswandel eingeleitet wird.



LINK



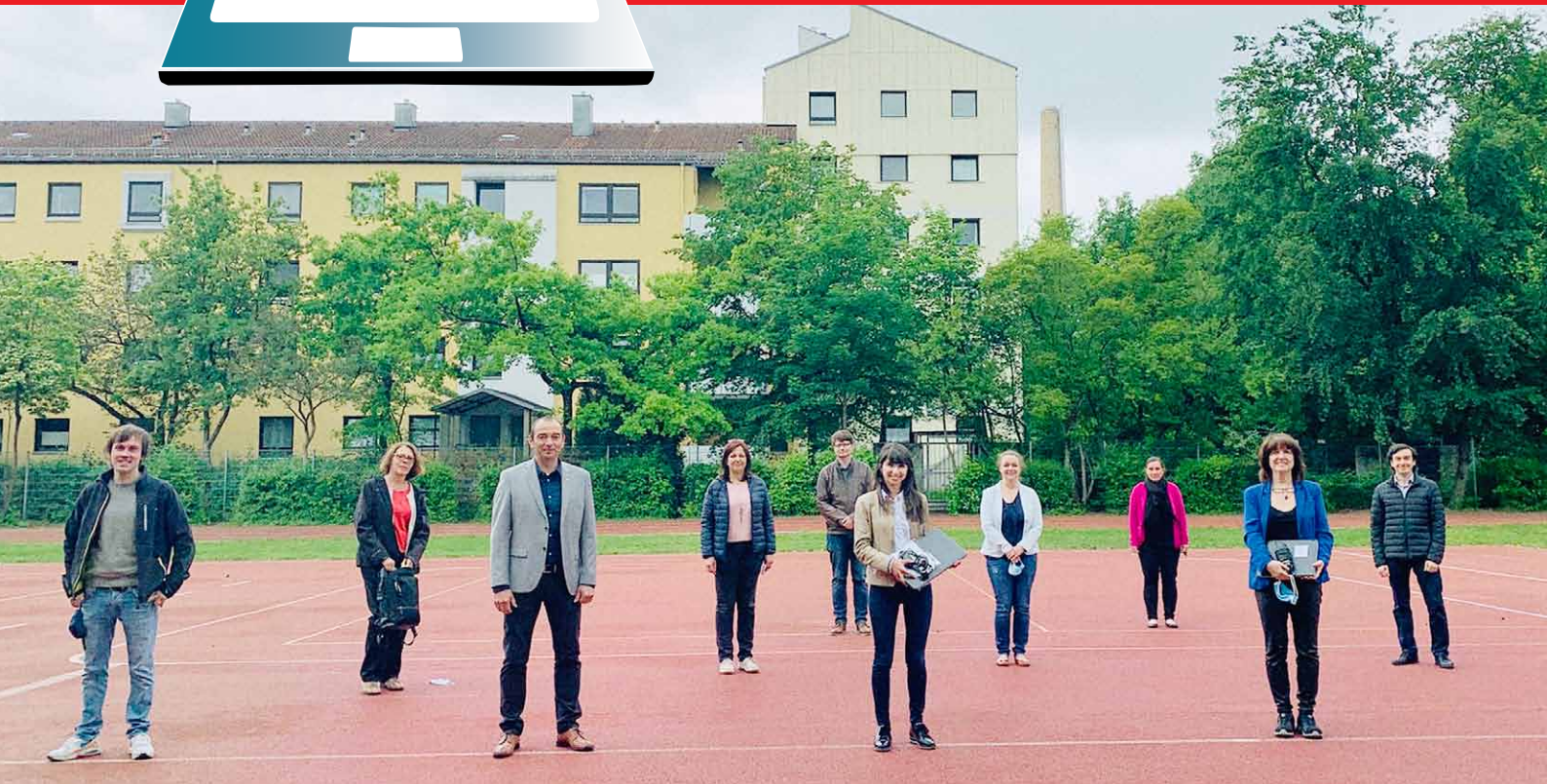
Auch NTV hat die Debatte aufgenommen und ausführlich berichtet.

LäpCollect

SPD



■ Laptopsammelaktion für Schüler*innen geht in die nächste Runde



Die im April gemeinsam mit dem AWO Kreisverband München Land e. V. gestartete Spendenaktion „LäpCollect“ geht erfolgreich in die nächste Runde. Bisher wurden 35 Geräte gesammelt und nun konnten die ersten Laptops an die Schüler*innen der Grundschule in der Parksiedlung Oberschleißheim übergeben werden.

Am 25. Mai trafen Fraktionssprecher der SPD im Oberschleißheimer Gemeinderat, Florian Spirkel und ich in Oberschleißheim Herrn Bürgermeister Markus Böck, die Rektorin der Grundschule sowie Vertreter der Jugendsozialarbeit und des Elternbeirats. Gemeinsam mit unserem Kooperationspartner AWO München Land e. V. konnte ich vier Laptops an die Rektorin der Grundschule in der Parksiedlung Heike Frenzel in Oberschleißheim übergeben.

Weiter auf Seite 5

Die Geräte werden dann über die Klassenleitung an Familien mit Bedarf ausgegeben. Schulintern hat die Rektorin der Grundschule in der Park-siedlung in Zusammenarbeit mit der Jugendsozialarbeit feststellen müssen, dass in mindestens 15 Familien keine Laptops oder PCs zur Verfügung stehen. Digitale Ausstattung ist aber die Voraussetzung für ein „Lernen zuhause“, denn auch nach Öffnung des Lockdown wird ein wochenweise gestaffelter Unterricht die Regel sein. Die Spenden sind daher sehr willkommen.

Die Laptops wurden von uns gesammelt und dann von Helfern des Freifunks München neu aufgesetzt. Ganz besonders möchte ich mich an dieser Stelle bei den ebenfalls anwesenden freiwilligen Helfern Dawin Schmidt und Utku Celayir bedanken, die mit außerordentlichem Engagement nach Feierabend die Geräte neu aufgesetzt haben. Bisher sind 35 Geräte gespendet worden, was sehr erfreulich ist. Allerdings ist der Bedarf bei den Familien im Landkreis München immer noch groß und nach Bedarfsermittlung der AWO werden weitere 180 Geräte benötigt.



Daher wende ich mich nochmal an alle Bürger*innen sowie an Firmen im Landkreis München, die einen geeigneten Laptop besitzen, sich bei uns unter belabach.wk@bundestag.de zu melden.

Abgegeben werden können die Laptops entweder persönlich zu den entsprechenden Öffnungszeiten in den Klawotten im Landkreis München (<https://awo-kvmucl.de/klawotte-2/>) sowie bei der AWO Kinderkrippe Feldmäuse (Bahnhofstraße 8, 85622 Feldkirchen) Montag bis Freitag von 8:00 Uhr bis 15:00 Uhr (Abgabe nur direkt an der Türe möglich) oder durch Zusendung per Post an AWO Kreisverband München- Land e.V., Stefanie Sonntag, Balanstr. 55, 81541 München.



LäpCollect



Jedoch ist der hohe Bedarf weder durch Privat-Spenden alleine zu decken, noch darf die digitale Ausstattung von Schüler*innen von Privat-Spenden abhängen.

Die Bundesregierung hat zwar ein Sofortausstattungsprogramm von 500 Mio. € verabschiedet, das einen finanziellen Zuschuss für Schulen zur Anschaffung von geeigneten Geräten vorsieht, aber das ist leider nur ein Tropfen auf den heißen Stein.

Daher habe ich gemeinsam mit der SPD-Kreistagsfraktion Initiative ergriffen und einen entsprechenden Antrag auf finanzielle Unterstützung im Kreistag gestellt. **Wir fordern den Landkreis auf, einen Zuschuss von 150€ pro Kind für die Beschaffung von Laptops zu gewähren.**

So sollen die Familien mit Bedarf weiter unterstützt und die finanzielle Belastung bei der Neuanschaffung von Geräten möglichst gering gehalten werden.

Darüber hinaus ist dies eine Investition in die Zukunft, weil es den einzigen Rohstoff fördert, den wir haben: die Köpfe kluger junger Menschen.

Auch die Presse hat über unsere Initiative berichtet:



LINK

Artikel im Münchner Merkur

Artikel in der Süddeutschen Zeitung

Nun kämpfen wir darum, die Förderung im Kreistag durchzusetzen.

Bericht aus Berlin

Die SPD-Fraktion hat wichtige Zukunftssakzente für Kommunen, Eltern, ArbeitnehmerInnen in Kurzarbeit, Gastronomiebetriebe und die jüdische Militärseelsorge bei der Bundeswehr gesetzt.

Städte und Gemeinden jetzt stärken Hilfe bei den Folgen der Corona-Pandemie

Corona-Steuerhilfegesetz : Umsetzung weiterer Maßnahmen

Gute Arbeit in der Fleischindustrie Maßnahmen gegen die Missstände

Bundeswehr bekommt jüdische Militärseelsorge Forderung der SPD umgesetzt

Städte und Gemeinden jetzt stärken

Die Corona-Pandemie hinterlässt ihre Spuren – auch in den Haushalten der Städte und Gemeinden. Wenn diese deutlich weniger Einnahmen haben, bleibt ihnen ohne Hilfe von außen keine andere Möglichkeit als den Rotstift anzusetzen. Für die SPD-Fraktion steht fest: Um die Investitionskraft aller Kommunen zu stärken, die Bedingungen guter Lebensqualität zu sichern und gleichwertige Lebensbedingungen zu ermöglichen, muss der Staat handeln. Konkret fordert die SPD-Bundestagsfraktion die Bundesregierung auf:

Städte und Gemeinden jetzt stärken

- Den vorgeschlagenen **Rettungsschirm** für Kommunen zur Entlastung für Gewerbesteuerausfälle und Hilfe für überschuldete Kommunen unverzüglich auf den Weg zu bringen, um Kommunen und Wirtschaft deutlich zu unterstützen.
- Die **Handlungsfähigkeit der Kommunen** zu stärken, indem kommunale Zukunftsinvestitionen weiter hochgefahren werden – im Zuge des Konjunkturprogramms ebenso wie im Rahmen der auf längere Sicht notwendigen gesamtstaatlichen Investitions-offensive.





Corona-Steuerhilfegesetz

Unterstützung für berufstätige Eltern ohne Kinderbetreuung, Arbeitnehmer*Innen in Kurzarbeit und Gastronomiebetriebe

Bund und Länder haben in den letzten Wochen bereits **steuerliche Erleichterungen in Milliardenhöhe** beschlossen um Unternehmen und Beschäftigte bei der Bewältigung der Corona-Pandemie zu unterstützen. Mit dem Corona-Steuerhilfegesetz werden weitere Maßnahmen umgesetzt.

Viele Eltern haben derzeit noch keinen Anspruch auf eine Notbetreuung ihrer Kinder in Kita oder Schule. Wer keine Möglichkeit hat ortsunabhängig zu arbeiten, Überstunden abzubauen oder seine Kinder anderweitig betreuen zu lassen, soll weiter Geld bekommen.

Der bereits im März durch das Infektionsschutzgesetz geschaffene Anspruch auf Entschädigung wurde nun für jeden Elternteil auf zehn Wochen verlängert, für Alleinerziehende auf 20 Wochen.

Die **Ausweitung bei der Lohnfortzahlung** gilt künftig auch für Eltern von volljährigen Kindern mit Behinderungen.

Des Weiteren wird die **Aufstockung des Kurzarbeitergeldes** durch Arbeitgeber bis zu einer bestimmten Höhe steuerfrei gestellt.

Beschäftigte bekommen von der Bundesagentur für Arbeit 60 Prozent des letzten Nettogehalts (bzw. 67 Prozent für Haushalte mit Kindern).

Künftig erhöht sich das Kurzarbeitergeld bei längerem Bezug auf bis zu 80 (bzw. 87) Prozent. Die Maßnahme ist bis zum 31. Dezember 2020 befristet.

Außerdem wird die **Mehrwertsteuer für Speisen** in der Gastronomie ab dem 1. Juli 2020 befristet bis zum 30. Juni 2021 auf den ermäßigten Steuersatz von 7 Prozent abgesenkt. Gastronomiebetriebe, die derzeit von hohen Umsatzeinbußen betroffen sind, sollen so nach der schrittweisen Öffnung einen Teil ihrer Einbußen ausgleichen können.

Gute Arbeit in der Fleischindustrie

Mit den von Bundesarbeitsminister Hubertus Heil im Bundeskabinett durchgesetzten Eckpunkten zum „Arbeitsschutzprogramm für die Fleischwirtschaft“ plant die Bundesregierung entscheidende Maßnahmen, um gegen die Missstände in der Fleischindustrie wirksam vorzugehen. So sollen künftig nur noch MitarbeiterInnen des eigenen Betriebes Tiere schlachten und das Fleisch verarbeiten dürfen.

Ab Januar 2021 sollen **Werkvertrags- und Leiharbeit hier nicht mehr möglich** sein. Außerdem sollen stärkere Kontrollen die Arbeitgeber zwingen, Gesundheits- und Hygienestandards einzuhalten. Die SPD-Fraktion stellt sich hinter die Eckpunkte von Arbeitsminister Heil.

In einem Fraktionsbeschluss bekräftigen wir den **Handlungsbedarf für gute Arbeit in der Fleischindustrie** und für die Saisonarbeitskräfte in der Landwirtschaft. „Mehr Arbeitsschutz, bessere Kontrollen und Hygiene und nicht zuletzt das Ende organisierter Verantwortungslosigkeit in Sub-Unternehmerkonstruktionen sind der richtige Weg“, heißt es dazu passend in dem Positionspapier.

Bundeswehr bekommt jüdische Militärseelsorge

Derzeit ist in der Bundeswehr eine evangelische und eine katholische Militärseelsorge gewährleistet. Den SoldatInnen steht aber keine spezifische jüdische Militärseelsorge zur Verfügung. Daher wird die Militärseelsorge um ein entsprechendes Angebot erweitert. Mit dem Gesetz wird eine Forderung der SPD-Bundestagsfraktion aus dem Koalitionsvertrag umgesetzt. Die Militärseelsorge setzt das Grundrecht der freien religiösen Betätigung der jüdischen SoldatInnen und ihren Anspruch auf Seelsorge um. **Dem liegt der Gedanke zugrunde, dass der Staat verpflichtet ist, dafür Sorge zu tragen, dass die Ausübung des Grundrechts der Religionsfreiheit auch innerhalb öffentlicher Anstalten möglich ist.** Erstmals nach rund 100 Jahren Pause und 75 Jahre nach dem Holocaust können jüdische SoldatInnen wieder im Dienste Deutschlands durch Rabbiner betreut werden. Ein wahrhaftig historischer Tag und ein wichtiger Beitrag für das jüdische Leben in Deutschland!

Bela Bach MdB

Für den Landkreis München in Berlin



A handwritten signature in black ink, appearing to read 'B. Bach', written over a teal background.

Kontakt:

bela.bach@bundestag.de

Mitglied im **Verkehrsausschuss**
und **Petitionsausschuss**
Mitglied der **Parlamentarischen**
Versammlung des Europarates

stellvertretendes Mitglied im
Umweltausschuss